

KOMMENTAR

Weg mit alten Zöpfen

BUNDESWEHR Seit dem Ende des Kalten Krieges ist die Wehrpflicht überholt. Guttenberg handelt richtig.

Die Pflicht junger Männer, mit der Waffe in der Hand das Vaterland zu verteidigen, ist hierzulande spätestens seit den Befreiungskriegen gegen Napoleon eine Grundkonstante. Bis zum Ende des Kalten Krieges standen Hunderttausende Wehr-



VON REINHARD ZWEIFLER, MZ

Diskutieren Sie mit: www.mittelbayerische.de/forum

landseinsätze sind etwas für Spezialisten. Auf der anderen Seite kann man allerdings die Argumente der Wehrpflichtbefürworter nicht mit einer Handbewegung vom Tisch fegen. Ein großer Teil der länger dienenden Bundeswehrrangehörigen etwa rekrutiert sich aus Wehrpflichtigen. Soll es nicht zu einer Kluft zwischen einer – durchaus denkbaren – deutschen Berufsarmee und der Bevölkerung kommen, müssen dafür Vorkehrungen getroffen werden. Von der inneren Führung bis zur Werbung der künftigen Berufssoldaten. Doch das Argument, dass die Berufsarmee zum Sammelbecken von Waffennarren und Rechtsextremisten würde, ist nicht stichhaltig. Bei Berufsbeamten in Polizei oder Justiz besteht diese Gefahr schließlich auch nicht.

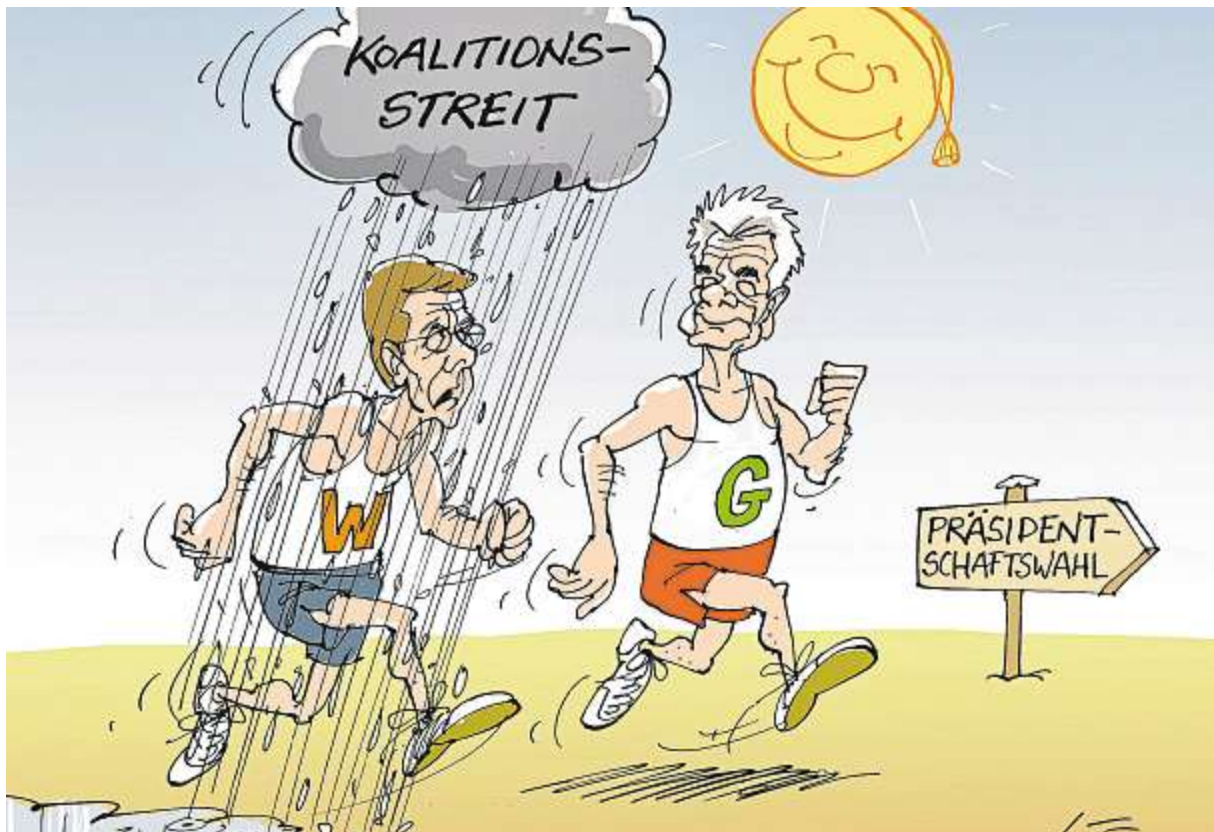
Etwas schwerer wiegt dagegen der Hinweis, dass im Fall von Katastrophen, Havarien, Überschwemmungen oder dergleichen nur die Armee in ausreichender Zahl und mit ausreichend Gerät ausgestattet helfen kann. Das Technische Hilfswerk und andere Kräfte stoßen dabei schnell an ihre Grenzen. Vor allem aber gerät der Pflegedienst, der zu großen Teilen auf Zivildienstleistenden beruht, in große Turbulenzen, wenn die Wehrpflicht abgeschafft würde.

Der einstige Gebirgsjäger Karl-Theodor zu Guttenberg selbst ist ein Beispiel dafür, wie man vom glühenden Anhänger zum notgedrungenen Aussetzer der Wehrpflicht mutieren kann. Weil sie nicht mehr zu den aktuellen Sicherheitsaufgaben und vor allem zur Kassenlage passt. Forscht er nicht die Oberfranke derweil das Zukunftsszenario der Bundeswehr. „Ergebnisoffen“, sagt er mit Rücksicht auf die eigene Partei und die Widerstände in der CDU. Mit seinem Rücktritt braucht der Minister dabei nicht zu drohen. Die Zeit spielt für ihn und das Ende der Wehrpflicht.

Doch zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer haben sich die Verhältnisse dramatisch gewandelt. Deutschland ist geradezu von Freunden umzingelt. Ehemalige Feinde sind längst Bündnispartner in Nato bzw. Europäischer Union. Der Schutz der Heimat hat einen neuen Charakter bekommen. Statt hochgerüstete feindliche Armeen zu bekämpfen, wird die Bundeswehr vielmehr für militärische Einsätze in Krisengebieten benötigt.

Doch für die neuen Herausforderungen wird die Wehrpflicht nicht mehr gebraucht. Es ist ein Verdienst von Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, dass er den alten Zopf endlich abschneiden will. Allerdings startet der forsche Minister seinen Reformangriff unter denkbar schwierigen Bedingungen. Denn fast alle anderen namhaften Unionspolitiker sind für den Wehrpflichtzopf. Von Merkel bis Seehofer und Kauder. Dass es in Deutschland schon längst keine Wehrgerechtigkeit mehr gibt und dass eine Wehrpflichtarmee auf Dauer zu teuer und zu ineffizient ist, schert die Anti-Guttenberg-Fraktion nicht.

Zu Einsätzen im Ausland, vom Balkan bis zum Hindukusch, werden normale Wehrpflichtige ohnehin nicht mitgenommen. Es sei denn, sie verpflichten sich zu einem freiwilligen Dienst. Aber auch dann müssen sie eine Spezialausbildung absolvieren, die Wehrpflichtige in ihrer knappen Zeit beim Bund nicht durchlaufen. Aus-



Karikatur: Luff

Großes Trara ohne Wirkung

ÖKOLOGIE 2010 ist das „Jahr der Biodiversität“ – nur ein hübsches Etikett?

Das Jahr 2010 wurde von der UNO als „Jahr der Biodiversität“ deklariert. Bislang wurde dies kaum bemerkt. Dabei sollte sich mit dem „Jahr der Biodiversität“ etwas wirklich Großartiges verbinden: Bis 2010 sollte der Verlust an Arten- und Lebensraum-Vielfalt weltweit aufgehalten sein. Auf der Grundlage der 1992 in Rio de Janeiro von der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung erstellten Biodiversitäts-Konvention hat die Europäische Union 1998 eine Biodiversitätsstrategie beschlossen. Die Staatschefs der Europäischen Union verabschiedeten bei einem Gipfeltreffen in Göteborg 2001 die „2010-Ziele für die Erhaltung der Biodiversität“. Im Kern zielte dies darauf ab, bis 2010 den Rückgang der Artenvielfalt zu stoppen. Mit einiger Verzögerung hat die Bundesregierung 2007 mit einer „Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt“ Schritte beschlossen, diese 2010-Ziele zu erreichen. Bayern lässt sich Zeit. Die 2008 vom Ministerrat beschlossene „Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt in Bayern“ hat das Erreichen der 2010-Ziele zum Großteil auf das Jahr 2020 verschoben. 2010 – na und?

Die „Roten Listen“ gefährdeter Tier- und Pflanzenarten wurden in Bayern zuletzt 2002/2003 publiziert. Gegen-

AUSSENANSICHT



DR. JOSEF PAUKNER
Der Autor ist Sprecher der Donau-Naab-Regen-Allianz (DoNaReA), einem Netzwerk für Gewässerschutz.

über früheren Erhebungen hat sich dabei gezeigt, dass zwar in einigen Bereichen positive Entwicklungen zu verzeichnen sind, in vielen Bereichen dagegen der Artenschwund anhält und keine Trendwende erkennbar ist. Es ist nicht erkennbar, dass sich demgegenüber in den vergangenen sieben, acht Jahren viel verbessert hätte. Wer die derzeitige Situation der bayerischen Gewässer als Lebensräume betrachtet, sieht eine Vielzahl großer Probleme und kaum Ansätze zu deren Lösung.

Etwas überspitzt formuliert, kann man die bayerische Biodiversitätsstrategie so beschreiben: Mit großem Trara und Klimbim werden hohe Zielsetzungen formuliert und wunderschöne Visionen ausgemalt. Zu deren Erreichung setzt man auf Instrumente, die bislang bereits wenig bewirkt haben, kürzt Mittel und Personal und setzt – als „Bayerischer Lösungsansatz“ – darauf, dass die Verursacher der Probleme fortan freiwillig die biologische Viel-

falt bewahren und fördern. Die großen Probleme, wie etwa die verkehrte Agrarpolitik, geht die Politik nicht an. Zögerlich wird die eine oder andere Maßnahme umgesetzt. In der Oberpfalz ist „Biodiversität“ ein Etikett, das auf eine Reihe alter Projekte aufgeklebt wird, die zum Teil ohne Zutun der Behörden zustande gekommen sind.

2010, 2012, 20-irgendwann?

Die Biodiversitäts-Strategien bieten gegenüber anderen, älteren Aktivitäten im Naturschutz etwas Neues: Sie setzen eine „Zeitschiene“. Ebenso beruht die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie der EU auf zeitlichen Vorgaben. Bis 2012 soll alles Nötige unternommen werden, damit bis 2015 grundsätzlich alle Gewässer einen guten ökologischen Zustand erreicht haben. (Die Wasserwirtschaft hat angekündigt, die bis 2027 reichenden Verlängerungsfristen auszuschieben) Diese „Zeitschienen“ sind unumgänglich, denn die Uhr tickt. Für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten bleibt nicht mehr viel Zeit. Wer meint, die nötigen Maßnahmen bis zum nächsten Wirtschaftsaufschwung, bis zur Haushaltskonsolidierung oder was auch immer zurückstellen zu können, der irrt. Artenschwund ist irreversibel. Wir brauchen die entschlossene Umsetzung der verkündeten Programme und Strategien – jetzt!

→ Die Außenansicht gibt die Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Redaktion.

WEITERE KOMMENTARE

Machtpoker: Hannelore Krafts Kalkül klingt raffiniert, birgt aber ein großes Risiko für sie selbst. [▶ SEITE 5](#)

Informationspflicht: Aufklärung über wirtschaftliche Zusammenhänge tut dringend not. [▶ SEITE 2](#)

PRESSESTIMMEN

STUTTGARTER ZEITUNG

Die Zeitung zu den Krankenkassen: „Schwelt der Konflikt weiter, kämen neben den kleineren Kassen, die nun Insolvenzanzeigen eingereicht haben, auch andere und womöglich große Kassen in finanzielle Schieflage. Diese wird mit Sparen allein nicht abzuwenden sein. Von jetzt auf gleich die Ausgaben im Gesundheitswesen um neun Milliarden Euro zu senken ist noch nie einer Regierung gelungen auch denen nicht, die vom Trauerspiel des Kabinetts Merkel/Westerwelle meilenweit entfernt waren. An einer Anhebung des Kassenbeitrags wird Berlin also nicht vorbei kommen. Das dürfte den Verdruss der Bürger weiter fördern.“

DER TAGESSPIEGEL

Die Berliner Zeitung zum Sparpaket: „Diese Regierung ist von den Wählern bestimmt worden, weil die sich erhofften, dass sie für die Menschen in der Republik arbeiten, nicht gegen sie. Genau das aber macht die Koalition gerade, denn jeder macht seins. Trotzdem fühlen sie sich offenkundig nicht wohl dabei. Keiner, wenn sie ehrlich sind. Sollten sie nicht bald zusammen zur Vernunft kommen, könnten schon bald nicht Zehntausende gegen das Sparpaket auf die Straße gehen, sondern Hunderttausende gegen Schwarz-Gelb.“

Frankfurter Rundschau

Die Zeitung zur Hessen-CDU: „Es gibt viele Gründe dafür, warum das System Koch so erfolgreich ist in Sachen Machterhalt. Einer liegt darin, dass Koch nicht nur die CDU zusammengehalten hat, sondern die FDP gleich mit. Kein Wunder, dass Koch große Teile seiner Abschiedsrede beim CDU-Parteitag der Freundschaft zur FDP widmete. Man konnte auch das als Ohrfeige für Merkel verstehen, die die FDP inzwischen als zweitschärfste Oppositionspartei nach der CSU empfinden muss.“

Neue Westfälische

Die Bielefelder Zeitung zur Ölpest: „Die Hilflosigkeit und das Versagen des Hochtechnologiekonzerns BP angesichts der Herausforderung muss nachdenklich stimmen. Immerhin könnte dieser Riesenschlamassel am Ende jedoch bewirken: Die Menschen auch in den USA kommen ins Grübeln, ob es nicht vielleicht doch besser wäre, sich mal Gedanken über Alternativen zum Öl zu machen. Leider braucht es dazu erst die Bilder von qualvoll sterbenden Pelikanen. Trotzdem wird die Zeitenwende, von der viele Umweltaktivisten in den USA jetzt träumen, noch lange auf sich warten lassen. Dafür ist die Öllobby viel zu mächtig.“

WWW.MITTELBAYERISCHE.DE

Meistgelesen



- 01 „Nächtliche Bergung“ Ein Lastzug mit Ölabbfällen droht am Samstag über eine fünf Meter tiefe Böschung in eine Wiese mit Bach zu stürzen.
- 02 „Unfall bei Allersdorf“ Der Fahrer eines Audi A4 kommt von der Straße ab und prallt gegen eine Baumgruppe. Er und ein Mitfahrer sterben.
- 03 „Deutscher WM-Start“ Am dritten Tag der Weltmeisterschaft in Südafrika trifft das DFB-Team auf Australien. Bundestrainer Joachim Löw konstatiert ideale Bedingungen für einen Sieg.

Küchen-Tipp

Pfeffer galt früher als Exot unter den Gewürzen. Heute gehört er beim täglichen Kochen dazu. Allerdings ist Pfeffer nicht gleich Pfeffer: Es gibt unterschiedliche Farben, Formen und Schärfegrade. www.mittelbayerische.de/aufgetischt



Video des Tages

Mit einem erkämpften 5:2 und einem deutlichen 13:3-Sieg dominierten die Buchbinder Legionäre am Wochenende über die Gauting Indians. www.mittelbayerische.de/videos

facebook -Thema

FDP-Politiker wettern gegen Kanzlerin Merkel. Die Mehrheit der Deutschen glaubt laut einer Umfrage, dass die Koalition in die Brüche geht. Gehört Ihr auch dazu?

Reaktionen:

Die Union soll endlich mal die FDP aus der Regierung schmeißen. Mit denen kann man nicht regieren. *Bastian*

So wie die FDP sich als fähige Regierungspartei disqualifiziert hat, würde es auch den Linken ergehen, wenn man sie „ans Ruder“ lassen würde. Politische Dummheit wird in der Regel abgestraft. Ausnahme mangels Alternativen: Frau Merkel. *Olaf*

Diskutieren Sie mit der MZ-Online-Redaktion weiter unter facebook.com/mittelbayerische